

554193-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Einzelhandelsdienste – Einrichtung und Betrieb von Souvenir-Shops am Flughafen BER (Konzession)

OJ S 153/2026 11/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

E-Mail: einkauf@berlin-airport.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Der Erwerber ist ein Auftraggeber

Tätigkeit des Auftraggebers: Flughafenanlagen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Einrichtung und Betrieb von Souvenir-Shops am Flughafen BER (Konzession)

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die Vermietung von 6 Einzel-Flächen für Souvenir-Shops, die in einem Gesamt-Paket an einen Einzelhändler / Konzessionsnehmer auf eigenes wirtschaftliches Risiko vermietet werden (Konzession). Der Mietvertrag wird u.a. Betriebspflichten und Sortimentsbindungen vorsehen. Der Beginn des Vertrages erfolgt mit Zuschlagserteilung, der Beginn der Leistungserbringung für die ersten 3 Mietflächen/Souvenir-Shops ist spätestens der 01.07.2027. Der Vertrag endet für alle Flächen am 31.12.2037.

Kennung des Verfahrens: 4212ca59-a0f2-4a55-be3c-d88e7bd256e6

Interne Kennung: EA-2026-0116 (EU)

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 55900000 Einzelhandelsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 12589

Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Es handelt sich vorliegend um ein Vergabeverfahren nach der KonzVgV mit folgenden Verfahrensschritten: Es wird ein einstufiges Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchgeführt, bei welchem der Bewerber/der Bieter innerhalb der Teilnahantragsfrist neben den Eignungsnachweisen auch bereits ein verbindliches Erstante Angebot einzureichen hat. 2) Die Übermittlung von Bewerber-/Bieterfragen hat ausschließlich unter Nutzung der Funktionalität der Vergabepattform unter Angabe der

Bezeichnung der Maßnahme u. des Aktenzeichens EA-2026-0116 (EU) zu erfolgen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 30.07.2026 eingegangen sind. Mündliche o. verspätete Anfragen werden nicht beantwortet. Der Konzessionsgeber wird etwaige Informationen (auch die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern/Bietern sowie sonstige Klarstellungen des Konzessionsgebers, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Internetseite veröffentlichen: <https://vergabekooperation.berlin/NetServer/index.jsp>. Der Konzessionsgeber empfiehlt daher allen Bewerbern/Bietern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen u. Klarstellungen des Konzessionsgebers sowie Antworten von Bewerber-/Bieteranfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber/Bieter sollen die vom Konzessionsgeber zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen u. durch die geforderten Angaben, Erklärungen u. Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. Ortsbesichtigungen werden auf Anfrage ermöglicht. Für Ortsbesichtigungen ist nach dereiztiger Planung ausschließlich der Zeitraum vom 06.07.2026 bis 10.07.2026 vorgesehen. Anfragen wegen einer Ortsbesichtigung sind ebenfalls unter Nutzung der Funktionalitäten des Bietercockpits spätestens bis zum 27.06.2026 zu stellen. Der Konzessionsgeber stellt hierzu das Formblatt 'Anmeldung Ortsbesichtigung' zur Verfügung. 3) Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/die BewGe der Kontaktaufnahme durch den Konzessionsgeber zu den jeweiligen Referenzgebern zu. 4) Der Konzessionsgeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird u. der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird. 5) Der Konzessionsgeber behält sich vor, die Vorlage weiterer Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Werden die o.g. Erklärungen nicht eingereicht, kann ein Ausschluss des Teilnahmeantrages/des Angebotes wegen fehlender Eignung erfolgen. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren. 6) Der Konzessionsgeber behält sich vor, bei Unterschreitung der Mindestzahl von drei zulassungsfähigen Bewerbungen, das Vergabeverfahren einzustellen. Der Konzessionsgeber behält sich zudem vor, bei einer Unterschreitung der Mindestzahl von drei wertungsfähigen Angeboten das Vergabeverfahren einzustellen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/23/EU

konzvvgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Korruption: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Betrug: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Zahlungsunfähigkeit: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: siehe Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz"

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Befähigung zur Berufsausübung Die nachstehenden Angaben/Erklärungen /Nachweise sind von den Bewerbern/Bietern (der Begriff Bewerber/Bieter wird als Synonym auch für Bewerbungsgemeinschaften (BewGe)/ Bietergemeinschaften (BieGe) verwendet) bzw. von jedem Mitglied der BewGe/BieGe sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern (NU) vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen /Angebote ist nicht ausreichend. Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, hat der Bewerber/Bieter auf Verlangen weitere Nachweise vorzulegen. (1) Der Bewerber hat einen Teilnahmeantrag vorzulegen. Der Konzessionsgeber stellt hierzu das Formblatt "Teilnahmeantrag" zur Verfügung. Im Fall einer BewGe ist das Formblatt von dieser abzugeben. (2)

Eigenerklärungen zu den Voraussetzungen gem. §§ 123, 124 GWB sowie - soweit anwendbar - § 21 SchwarzArbG, § 21 AEntG, § 98 c AufenthG und §§ 22 LkSG. Eigenerklärungen gemäß § 19 Abs. 1 und Abs. 3 i.V.m., § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) sowie Erklärung zum vertraulichen Umgang mit sämtlichen Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sowie sämtlichen zugänglich werdenden Betriebsdaten, Unterlagen und sonstigen Informationen ('Vertrauliche Informationen'). Der Konzessionsgeber stellt hierzu ein Formblatt "Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB, Vertraulichkeit und Datenschutz" zur Verfügung. Im Falle einer BewGe ist das Formblatt für jedes Mitglied gesondert abzugeben.

Im Falle der Eignungsleihe gilt die Vorlagepflicht zusätzlich für jedes eignungsverleihende Unternehmen. (3) Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Der Konzessionsgeber stellt hierzu das Formblatt 'Eigenerklärung zum Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014' zur Verfügung. Im Falle einer BewGe ist das Formblatt für jedes Mitglied gesondert abzugeben. Im Falle der Eignungsleihe gilt die Vorlagepflicht zusätzlich für jedes eignungsverleihende Unternehmen. (4) Sofern eine Bewerbung als BewGe/BieGe erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag/Angebot eine von allen Mitgliedern der BewGe/BieGe ausgefüllte Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der BewGe /BieGe, ein bevollmächtigter Vertreter ergibt. BewGe/BieGe dürfen nur einen Teilnahmeantrag /Angebot einreichen. BewGe/BieGe haben eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben: Sämtliche Mitglieder der BewGe/BieGe bzw. der Vertreter der BewGe/ BieGe haben/hat darzulegen, dass die Bildung keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der BewGe/BieGe bzw. dem Vertreter dieser zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Konzession zu bewerben. Der Konzessionsgeber stellt hierzu ein Formblatt "Bewerber-/ Bietergemeinschaftserklärung" zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden. (5) Der Bewerber/Bieter kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter / Nachunternehmer) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber/ Bieter diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag/Angebot zu benennen und die unter Eignung zur Berufsausübung dieser Bekanntmachung genannten Angaben /Erklärungen / Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, indem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft. Mit dem Teilnahmeantrag/Angebot ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen zur Verfügung steht. Der Konzessionsgeber stellt hierzu ein Formblatt Erklärung zum Einsatz Nachunternehmers "Verpflichtungserklärung des Dritten / Nachunternehmers" zur Verfügung. (6) Der Konzessionsgeber behält sich vor, weitere Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Werden die o.g. Erklärungen nicht eingereicht, kann ein Ausschluss des Teilnahmeantrages /Angebotes wegen fehlender Eignung erfolgen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Einrichtung und Betrieb von Souvenir-Shops am Flughafen BER (Konzession)

Beschreibung: Zur Anmietung und zum Betrieb für Souvenir-Shops werden von 6 Einzelflächen ausgeschrieben: Der Mietvertrag wird u.a. Betriebspflichten und Sortimentsbindungen vorsehen.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 55900000 Einzelhandelsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH

Stadt: Berlin
Postleitzahl: 12589
Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 126 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise sind vom Bewerber/Bieter (bzw. von jedem Mitglied der BewGe/BieGe) vorzulegen. Bedient sich der Bewerber/Bieter bzw. die BewGe /BieGe im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe), so sind die Erklärungen - soweit sie von einem eignungsverleihenden Unternehmen abgedeckt werden sollen - von diesem beizubringen/zu erklären und dem Teilnahmeantrag/Angebot beizufügen. Ein Verweis auf frühere Angebote ist nicht ausreichend. Es sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen: (1) Nachweis (Referenzen) für die Durchführung von vergleichbaren Leistungen Der Bewerber/die BewGe muss mindestens fünf Referenzen angeben, die mit der hier ausgeschriebenen Konzession vergleichbar sind (Mindestanforderung). Vergleichbar sind die nachfolgend in Ziffer 1.1. bis 1.4. beschriebenen Leistungen. 1.1. Bei jeder als Referenz benannten Leistung muss es sich um eine Einzelhandelsfiliale mit Standort innerhalb Europas handeln. Diese Filialen müssen nicht zwingend unter der Marke betrieben werden, mit der sich hier beworben wird. 1.2. Jede als Referenz benannte Filiale muss über die Dauer von mindestens 6 Monaten ununterbrochen betrieben worden sein. 1.3. Jede als Referenz benannte Filiale muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist vom Bewerber/von der BewGe aktiv betrieben werden. 1.4. Mindestens eine als Referenz benannte Filiale muss in Gebäuden oder auf Geländen eines öffentlichen Verkehrsstandortes gemäß nachfolgender abschließender Aufzählung betrieben werden: a) Flughäfen b) Fern-, oder Regionalbahnhöfe c) Busbahnhöfe und Zentrale Omnibusbahnhöfe d) Häfen und Fährterminals Der Bewerber/die BewGe hat in Bezug auf jede eingereichte Referenz folgenden Angaben im Einzelnen zu tätigen: • Bezeichnung der Einzelhandelsfiliale, • Angabe des Standortes, • Betriebsbeginn der Filiale, • Sortimentsbeschreibung, • Angabe des Jahresnettoumsatzes 2025 in EUR. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt zum Ausschluss aus dem weiteren Vergabeverfahren. Für die geforderten Eigenerklärung stellt der Konzessionsgeber das Formblatt "Fragebogen zur Eignungsprüfung" zur Verfügung, dass von den Bewerbern genutzt werden soll.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise sind vom Bewerber/Bieter (bzw. von jedem Mitglied der BewGe/BieGe) vorzulegen. Bedient sich der Bewerber/Bieter bzw. die BewGe/BieGe im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe), so sind die Erklärungen - soweit sie von einem eignungsverleihenden Unternehmen abgedeckt werden sollen - von diesem beizubringen/zu erklären und dem Teilnahmeantrag/Angebot beizufügen. Ein Verweis auf frühere Angebote ist nicht ausreichend. Es sind folgende Mindeststandards nachzuweisen: Der durchschnittliche Gesamtjahresumsatz des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft muss im Einzelhandelsbereich bezogen auf die letzten zwei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2024-2025) mindestens 2,0 Mio. EUR netto pro Jahr betragen haben. Der Umsatz muss nicht unter der Marke erzielt worden sein, mit der sich hier beworben wird. Für die geforderten Eigenerklärung stellt der Konzessionsgeber das Formblatt "Fragebogen zur Eignungsprüfung" zur Verfügung, dass von den Bewerbern genutzt werden soll. Der Konzessionsgeber behält sich vor, die Vorlage weiterer Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise sind vom Bewerber/Bieter (bzw. von jedem Mitglied der BewGe/BieGe) vorzulegen. Bedient sich der Bewerber/Bieter bzw. die BewGe/BieGe im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe), so sind die Erklärungen - soweit sie von einem eignungsverleihenden Unternehmen abgedeckt werden sollen - von diesem beizubringen/zu erklären und dem Teilnahmeantrag/Angebot beizufügen. Ein Verweis auf frühere Angebote ist nicht ausreichend. Es sind folgende Mindeststandards nachzuweisen: Der durchschnittliche Jahresumsatz der umsatzstärksten Einzelhandelsfiliale des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft muss bezogen auf die letzten zwei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2024-2025) mindestens 0,5 Mio. EUR netto pro Jahr betragen haben. Der Umsatz muss nicht unter der Marke erzielt worden sein, mit der sich hier beworben wird. Für die geforderten Eigenerklärung stellt der Konzessionsgeber das Formblatt "Fragebogen zur Eignungsprüfung" zur Verfügung, dass von den Bewerbern genutzt werden soll. Der Konzessionsgeber behält sich vor, die Vorlage weiterer Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage einer Kopie des Auszug aus dem Handelsregister oder einer gleichwertigen Urkunde oder Bescheinigung einer zuständigen Verwaltungsbehörde oder eines Gerichts des Herkunftslandes des Bewerbers/des Mitglieds der BewGe, soweit aufgrund der Unternehmensform des Bewerbers/Mitglieds der BewGe eine Eintragung vorgesehen ist (der Auszug soll zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen nicht älter als 6 Monate sein). Im Falle der Eignungsleihe gilt die Vorlagepflicht zusätzlich für jedes eignungsverleihende Unternehmen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Herleitung/Plausibilisierung der Umsatzmiete 2027 bis 2037

Beschreibung: Bietererklärung / Qualitatives Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Layout & Design inkl. Planung und Bau

Beschreibung: Bietererklärung / Qualitatives Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept & Customer Journey

Beschreibung: Bietererklärung / Qualitatives Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Sortiment- und Pricingkonzept

Beschreibung: Bietererklärung / Qualitatives Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personal- und Organisationskonzept

Beschreibung: Bietererklärung / Qualitatives Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Mindestmiete (in EUR, netto) bezogen auf eine Gesamtlaufzeit 2027 bis 2037

Beschreibung: Bietererklärung / preisliches Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Durchschnittliche Umsatzabgabe vom Nettoumsatz (in %) bezogen auf eine Gesamtlaufzeit 2027 bis 2037

Beschreibung: Bietererklärung / preisliches Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Umsatzmiete (in EUR, netto) bezogen auf eine Gesamtlaufzeit 2027 bis 2037

Beschreibung: Bietererklärung / preisliches Angebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=Details&TenderOID=54321-Tender-19dd270ce37-2f7bca4d26308f48>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabekooperation.berlin/NetServer/index.jsp>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12/08/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Konzessionsgeber wird die fristgerecht eingehenden Teilnahmeanträge/Angebote anhand der geforderten Nachweise und Erklärungen prüfen. Teilnahmeanträge/Angebote, die verspätet sind oder nicht wie gefordert elektronisch verschlossen oder signiert sind, werden ausgeschlossen. Der Konzessionsgeber prüft die Eignung des Unternehmens gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Unternehmen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise. Das Recht zur vorzeitigen Einstellung analog § 32 KonzVgV bleibt unberührt. Der Konzessionsgeber behält sich vor, einen Zuschlag auf ein wertbares Erstangebot zu erteilen, ohne in Verhandlungen zu treten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: a) Das durch den AN einzusetzende Personal muss vor Leistungsbeginn die Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen (gemäß § 7 LuftSiG) erfolgreich bestanden haben. b) Alle eingesetzten AN-Mitarbeiter müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Informationen über die Überprüfungsfristen: 1. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem AG gerügt werden. 2. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus diesem Bekanntmachungstext erkennbar sind, innerhalb der in der Bekanntmachung benannten Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem AG gerügt werden. 3. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, innerhalb der Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem AG gerügt werden. 4. Hilft der AG der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Landes Brandenburg unter der o.g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des AG, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit die Voraussetzungen des § 160 Abs. 3 GWB vorliegen. 5. Der AG weist zugleich auf

die Vorschriften der §§ 134, 135 GWB hin. Insbesondere sind die Fristenregelungen in § 135 Abs. 2 GWB zur Geltendmachung der in § 134 Abs. 1 GWB genannten Verstöße zu beachten.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
Registrierungsnummer: DE223892319
Postanschrift: Willy-Brandt-Straße 1b
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 12529
Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)
Land: Deutschland
Kontaktperson: <https://vergabekooperation.berlin/NetServer>
E-Mail: einkauf@berlin-airport.de
Telefon: +49 306091-70642
Fax: +49 306091-70641
Internetadresse: <https://ber.berlin-airport.de/de.html>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabekammer@MWAEK.Brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1719
Fax: +49 331866-1652
Internetadresse: <https://mwaek.brandenburg.de/de/vergabekammer-nachpr%C3%BCfungsverfahren/bb1.c.478846.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Registrierungsnummer: t:03318661719

Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabekammer@MWAEK.Brandenburg.de
Internetadresse: <https://mwaek.brandenburg.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

f8fbc4b4-afcc-4ee4-8799-82a4430a48dd-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Ergänzung Unterlagen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8932a1df-ae7a-412a-8e5f-089b0716bcb8 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 19

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/08/2026 14:22:58 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 554193-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 153/2026

Datum der Veröffentlichung: 11/08/2026